

Landeshauptstadt Stuttgart
Der Oberbürgermeister
GZ: 0032-00

Stuttgart, 21.12.2022

Stellungnahme zum Antrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Datum 22.09.2022
Betreff Erinnerungskultur - aktiv und auf der Höhe der Zeit

Anlagen
Text der Anfragen/ der Anträge

In der AKM Sitzung vom 8.2.2022 hat die Koordinierungsstelle Erinnerungskultur berichtet, dass die Idee eines „Runden Tisches“ weiterentwickelt wurde und stattdessen das „Netzwerk Erinnerung Stuttgart“ ins Leben gerufen wird, um mehr Teilhabe und Transparenz für erinnerungskulturelle Prozesse zu ermöglichen. Die Kick-off-Veranstaltung für dieses Netzwerk fand gemeinsam mit Vertretungen aus Institutionen, Wissenschaft, Politik, Vereinen und Initiativen am 4. Juli 2022 statt. Es ist geplant, ein Netzwerktreffen und mehrere kleinere, thematische Workshops pro Jahr zu veranstalten, zu denen auch die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher eine Einladung erhalten.

Mit dem Blick auf die Arbeit anderer Stadtverwaltungen, die solche Prozesse bereits seit langem vorantreiben, ist erkennbar, dass es für erinnerungskulturelle Fragen keine kurzfristigen Lösungen geben kann und solche Diskurse mehrere Jahre benötigen. Ein realistisches Vorgehen zur Behandlung von Benennungsfragen könnte daher wie folgt aussehen:

Die Koordinierungsstelle Erinnerungskultur erarbeitet gemeinsam mit dem Haupt- und Personalamt und dem Stadtarchiv eine neue Richtlinie zur Neu- und Umbenennung von Verkehrsflächen und stimmt diese mit dem Netzwerk Erinnerung Stuttgart ab.

Diese Vorarbeit ist die Basis für

a) die Einberufung eines Beratungsgremiums mit Vertretungen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft durch die Koordinierungsstelle Erinnerungskultur. Die Sitzungen finden zwei Mal im Jahr statt, um künftig über

Neubenennungen zu beraten.

b) die Beantragung von Ressourcen zur systematischen Überprüfung von Verkehrsflächen, Gebäudebenennungen und Ehrengräbern für den Doppelhaushalt 2024/2025. Städte wie Freiburg, Tübingen, München oder Hamburg haben zu diesem Zweck Vollzeit-Projektstellen für Expertinnen und Experten geschaffen, die sich über mehrere Jahre dieser Arbeit gewidmet haben.

Die zusätzlichen Ressourcen werden zur Erstellung einer Liste der zu überprüfenden Benennungen, zur wissenschaftlichen Recherche und zur regelmäßigen Abstimmung der Ergebnisse mit dem Beratungsgremium benötigt.

Dr. Frank Nopper